

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXX/144

1. August 1975

## Die KSZE und Berlin

Eine große Chance für die friedliche Zusammenarbeit

Von Kurt Neubauer

Innensenator, zweiter Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und Mitglied des SPD-Parteirates

Seite 1 und 2 / 63 Zeilen

## Signalwirkung vom deutsch-polnischen Gipfel

Langsam wachsendes Vertrauen bedarf sorgsamer Pflege

Von Bürgermeister Hans Koschnick

Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

## CDU/CSU-Pathos und deutsche Realität

Ein Wort zu der frustrierten Deutschlandpolitik der Union

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

## Abbau ungerechtfertigter Privilegien

Schleswig-Holstein-SPD will Einspar-Katalog vorlegen

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Seite 7 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 83 37 - 38  
Telex: 06 66 646 - 48 spbd d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 109-112, Telefon: 376811

## Die KSZE und Berlin

---

Eine große Chance für die friedliche Zusammenarbeit

Von Kurt Neubauer

Innensenator, zweiter Vorsitzender des SPD-  
Landesverbandes Berlin und Mitglied des SPD-Parteirates

Man hat die Zusammenkunft der 35 Staatsoberhäupter in Helsinki das größte diplomatische Schauspiel dieses Jahrhunderts genannt. Gemessen am Aufwand der Verhandlungen und des protokollarischen Beiwerks mag diese Behauptung stimmen. Der Inhalt der Absichtserklärungen dieser Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) muß sich erst noch an der politischen Entwicklung in Europa und in der Welt messen lassen, bevor ihm eine gültige geschichtliche Standortbestimmung zuteil werden kann. Da von der freien westlichen Welt bei dieser Konferenz nichts vergeben wurde, was durch künftiges östliches Entgegenkommen erst noch aufgewogen werden müßte, kann in Ruhe und Gelassenheit abgewartet werden, welche praktischen Auswirkungen diese Konferenz für die Völker Europas bringt und wie brauchbar sie sind.

Aus der Perspektive des geteilten Berlins allerdings ist diese Konferenz von Helsinki bereits jetzt ein Gewinn. Sie wirkt wie ein riesiges Vergrößerungsglas, unter dem die Probleme der gewaltsam geteilten Stadt und damit auch der weiterhin offenen deutschen Frage den versammelten Staatsmännern Europas und darüber hinaus der Weltöffentlichkeit eindrucksvoll vor Augen geführt werden. Das Thema Berlin ist kein mit dem Vier-Mächte-Vertrag und den übrigen Ost-West-Vereinbarungen ein für allemal abgeschlossenes Kapitel. Es bleibt vielmehr von brennender Aktualität, so lange die europäische Spaltung quer durch diese Stadt schlägt. Dies nicht verwischt, sondern noch sichtbarer gemacht zu haben, ist ein Verdienst der westlichen Konferenz-Teilnehmer, voran des US-Präsidenten Gerald Ford und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt.

Die Entwicklung der Lage in und um Berlin wird künftig international auch an dem in Helsinki gesetzten Maßstab für Sicherheit und Zusammenarbeit gemessen werden. Und es wird dabei immer deutlicher und klarer werden, daß die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht besser vorankommen kann als in und um Berlin, genau wie die Situation in der Vier-Sektoren-Stadt nicht wesentlich besser sein kann als in Europa und zwischen den Führungsmächten des Westens und des Ostens insgesamt. Berlin ist jetzt - vielleicht noch eindeutiger als zuvor - der Hebel, mit dem in Europa die Klimlage reguliert wird.

Die Sowjetunion hat akzeptieren müssen, daß das amerikanische Engagement in Europa ein untrennbarer Teil aller Bemühungen um Stabilität und Entspannung ist. Und der amerikanische Präsident hat vor der Kulisse Helsinkis unterstrichen, daß dieses amerikanische Engagement für Europa allem voran auch Berlin gilt, daß es der erste und stabilste Felsen ist, auf dem die Sicherheit Berlins gründet. Das verdient gerade in die-

dem Zusammenhang Aufmerksamkeit, es verdient Anerkennung und es verdient unsere volle Zustimmung. Wer jetzt nach langen Kampagnen gegen die Bundesregierung auch noch kleinmütigen Zweifeln an der amerikanischen Zuverlässigkeit gegenüber Berlin hat, der schadet vor allem der Stadt. Mit dieser Haltung hätte das freie Berlin nicht einmal 1948 überlebt, als bis zum Beginn der Luftbrücke das amerikanische Engagement für Berlin noch längst nicht so sicher und felsenfest gefügt war, wie es das heute ist.

Es ist wahr: Nur Festigkeit imponiert den Kommunisten. Die Bürger Berlins wissen das am besten. Aber ebenso wahr ist, daß in Helsinki nicht über die Kapitulation des freien Westens verhandelt wurde. Es ging um die Proklamation von Werten, für die wir im freien Berlin mit Erfolg seit Kriegsende gekämpft haben und für die der freie Westen mit seiner Gesellschaftsordnung eintritt. Der Nachholbedarf liegt auf östlicher Seite. Wir werden sehen, wie der Osten mit den Absichtserklärungen von Helsinki fertig wird. Und wir warten gespannt darauf, ob die kommunistische Presse alle Passagen über die Freizügigkeit von Information und Meinungen - so wie es vereinbart ist - veröffentlicht.

Festigkeit wird von den Gegnern der Ost-West-Politik allzu leicht mit Starrheit verwechselt. Erstarrtes stirbt ab und bröckelt weg. Die erstarrten Deutschlandpositionen der Union waren längst morsch geworden und spätestens mit dem Mauerbau in Berlin abgestorben, ehe die neue Ost-West-Politik der heutigen sozialliberalen Koalition einsetzte. Von der deutschen Wiedervereinigung wurde in den sechziger Jahren ernsthaft nirgendwo mehr gesprochen: in Deutschland nicht, in Europa nicht und in der übrigen Welt schon gar nicht. Erst das Aufbrechen der alten Krusten durch die sozialliberale Koalition brachte die Fronten wieder in Bewegung und machte die nationale Frage wieder aktuell. Selbst die Opposition gibt heute ungewollt zu, daß die deutsche Frage und Berlin im Zentrum der Konferenzen bis hin zur KSZE standen. Und alle Völker haben uns schließlich zugebilligt, was wir seit mehr als einem Vierteljahrhundert fordern: daß eine friedliche Änderung unserer Grenzen möglich bleibt. Um den Erhalt der nationalen Einheit müssen wir uns schon selbst bemühen. Das geschieht im Rahmen der allein völkerrechtlich verbindlichen Abkommen und Verträge zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten.

Über die deutsche Einheit reden und sie in markigen Worten beschwören kann jeder. Zum Handeln gehört auch etwas Mut. Den hat bisher nur die sozialliberale Koalition aufgebracht. Sie tat in der Deutschlandfrage den entscheidenden Schritt nach vorn, der in der KSZE noch längst nicht den Abschluß, sondern allenfalls ein Durchgangsstadium erreicht hat. Die Opposition verharret in der selbstaufgezwungenen Unbeweglichkeit. Sie hat Staub angesetzt, und ihre außenpolitischen Waffen sind schon lange stumpf.

(-/1.8.1975/bgy/ee)

+ + +

Signalwirkung vom deutsch-polnischen Gipfel

Langsam wachsendes Vertrauen bedarf sorgsamer Pflege

Von Bürgermeister Hans Koschnick  
Präsident des Senats der Freien Hansestadt  
Bremen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Am Rande der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) haben sich auch Bundeskanzler Helmut Schmidt und der polnische KP-Chef Edward Gierek getroffen. Ein Gespräch unter vielen? Ein Gespräch ohne tiefere Bedeutung? Nein, denn dazu gibt es zu viele schwierige und zu viele offene Fragen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Dies hat sich in den drei Jahren nach Ratifizierung des Warschauer Vertrages oft genug gezeigt. Gegenstand harter Diskussionen waren und sind vor allem Fragen der Familienzusammenführung, der Kreditgewährung, der Entschädigung für die Opfer der Konzentrationslager und schließlich Probleme der Ausweitung polnischer Exporte.

Eins vorweg: Ich gehöre nicht zu denjenigen, die das "Wunder von Helsinki" erwarten; ich glaube nicht einmal an das, was man landläufig den großen Durchbruch nennt, also daran, daß der Bundeskanzler und der polnische KP-Chef jene politische Formel finden, die für alle Streitfragen auf mittlere Sicht eine Lösung verheißt. Und zwar deswegen nicht, weil die Ostpolitik der Bundesrepublik wie die Westpolitik der Volksrepublik Polen zwar auf Interessenausgleich gerichtet sind, die aktuelle Interessenlage sich jedoch teilweise derart unterschiedlich darstellt, daß der angestrebte Ausgleich nur in einem langwierigen Prozeß konkreter Schritte zu erreichen sein wird.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich möchte nicht davor warnen, Hoffnungen in das Gespräch Schmidt-Gierek zu setzen, ich möchte nur davor warnen, unerreichbare Erwartungen zu fördern. Für realistisch halte ich es dagegen, von dieser Begegnung in Helsinki eine Signalwirkung zu erwarten. Der kleine deutsch-polnische Gipfel wird also, um es zu wiederholen, nicht die Gesamtlösung bringen, aber es sollte möglich sein, Teillösungen ins Auge zu fassen, die innerhalb relativ kurzer Zeit zu realisieren sein

müßten. Dabei erhoffe ich konkretere - nicht umdeutbare - Ergebnisse in diesen Verhandlungen.

In dieser Auffassung haben mich die Aussprachen bestätigt, die ich vor wenigen Tagen bei einer kurzen Polen-Reise in Warschau, in Danzig und in Posen führen konnte. In den Spitzen der polnischen Politik - dies ist das Fazit meiner Beobachtungen - sieht man, wie bei uns, objektive Schwierigkeiten, um zu schnellen und umfassenden Fortschritten in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Auch in Warschau ist man dabei, eine neue politische Zeittafel aufzustellen, die sich nicht an hochgespannten Erwartungen, sondern an harten Fakten, auch an solchen innenpolitischer Art, orientiert.

Dies alles bedeutet nach meiner festen Überzeugung keinen Rückschlag in dem Bemühen, auf der Grundlage des Warschauer Vertrages nach neuen Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Staaten zu suchen. Daß die Euphorie der ersten Stunden, die mancherorts zu verzeichnen gewesen ist, inzwischen einer gewissen Nüchternheit weichen mußte, halte ich persönlich eher für einen Vorzug. Gerade die historische Belastung, unter der dieser neue Anfang stand und steht, zwingt beide Seiten zu einem behutsamen, mehr auf Sicherheit als auf Schnelligkeit basierenden Vorgehen. Mißtrauen hat tiefe Wurzeln; Vertrauen wächst langsam, es bedarf sorgsamere Pflege. Aber die Hoffnungen auf konkretere Maßnahmen und zukunftsgerichtete Absprachen sind so eindeutig, daß ein Zuwenig auf beiden Seiten nachhaltige Verhärtungen - geboren aus tiefer Enttäuschung - nach sich ziehen müßte.

Die Politik der "kleinen Schritte" gewinnt für das deutsch-polnische Verhältnis eine neue Bedeutung und eine neue Dimension. In diesem Sinne jedenfalls habe ich die polnischen Politiker verstanden, die mir die Erwartung mit auf den Weg gegeben haben: Helsinki muß uns einen Schritt nach vorn bringen!

(-/1.8.1975/bgy/ee)

+ + +

CDU/CSU-Pathos und deutsche Realität

Ein Wort zu der frustrierten Deutschland-Politik der Union

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Abelein, nutzt die nachrichtensarme Sommerpause erneut, um gegen die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu polemisieren. Dabei schaut er sich nicht, einen alten Propagendatrick anzuwenden: Er stellt zwei unzutreffende Behauptungen auf, um auf dieser Basis kräftig auf den Gegner einzuschlagen. Sein jüngster selbstgebauter Watschenmann besteht aus zwei Behauptungen: Es dürfe zukünftig "keine Leistung mehr ohne Gegenleistung der DDR" geben und der Zustand an der Grenze zur DDR sei bezeichnend für "den Zustand der 'gut nachbarschaftlichen' Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR". Abelein unterstellt also, daß die Bundesregierung bisher Leistungen erbracht habe, ohne Gegenleistungen der DDR erhalten zu haben, und daß die Bundesregierung den jetzigen Zustand als "gut nachbarschaftlich" beschreibe. Beides ist aber falsch.

Die Beurteilung des Verhältnisses zur DDR ist in etlichen Interviews und Erklärungen der Bundesregierung und führender Politiker der sie tragenden Koalition deutlich gemacht worden. Es ist stets gesagt worden, daß nach dem "Nichtverhältnis" zwischen den beiden deutschen Staaten in der Zeit der Konfrontation mit den Verträgen und Vereinbarungen ein geregeltes Verhältnis angestrebt werde, daß man aber vorerst noch von einem schlechten Verhältnis sprechen müsse. Niemand hat dabei die Verhältnisse an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten beschönigt und niemand hat in Kenntnis der Realitäten geglaubt, innerhalb kurzer Frist diese Zustände positiv verändern zu können - Zustände, die die von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen nicht verhindern konnten. Es ist also ganz kleine Münze des CDU-Abg. Abelein, wenn er den Eindruck erweckt, als ob erst jetzt die Grenze eine Gefahr für Ortsunkundige sei und als ob erst jetzt von den DDR-Grenzsoldaten festgenommene unverhältnismäßig lange festhalten würden. Früher hat man allenfalls protestieren können und nichts erreicht, heute kann die Bundesregierung ihre Ständige Vertretung in Ost-Berlin einschalten und sich um die Festgehaltenen bemühen. Dies festzustellen heißt nicht - um weiterer Polemik vorzubeugen -, daß die Bundesregierung die Zustände an der Grenze für befriedigend hält oder sich damit abfinden will. Nur hat sie realere Vorstellungen darüber, was in welchen Zeiträumen und unter welchen Bedingungen machbar ist. Verpuffende Proteste der politischen Selbstbefriedigung gehören allerdings dazu nicht.

Ähnlich ist es mit der nicht neuen Behauptung, daß die Bundesregierung für Leistungen keine Gegenleistungen erhalten habe. Es ist sicherlich ein schönes Zahlenpiel, wenn man Millionen und Milliarden DM aufzählt, die wir direkt oder indirekt an die DDR zahlen. Das sind zweifellos beeindruckende Zahlen, vor allem dann wenn man die Gegenleistungen aufzuzählen "vergißt", die sich nicht in Merk und Pfennig zu Papier bringen lassen. Hier erhebt sich doch die Frage, ob und wieviel uns die Verbindungen nach Berlin und die Bindungen und Verbindungen nach drüben - und hier meine ich die verwandtschaftlichen und freundschaftlichen an erster Stelle - wert sind. Um ebenso pointiert wie Dr. Abelein zu formulieren: Glaubt denn jemand in der Bundesrepublik, daß wir heute auch nur ein Paket mehr in die DDR schicken könnten, als umgekehrt zu uns kommen, wenn wir nicht die zusätzlichen Leistungen der DDR-Post honorieren; daß auch nur ein Reisender auf dem Landwege nach West-Berlin käme, wenn man nicht dafür Visa- und Straßenbenutzungsgebühren bezahlt; daß West-Berlin auch nur eine Tonne Müll oder einen Kubikmeter Abwasser loswürde, wenn wir nicht dafür bezahlen? Sollen wir wegen des Zwangsuntauschs den Reiseverkehr boykottieren und damit Millionen Kontakte unterbinden? Ist sich der CDU-Abg. Abelein darüber im klaren, was es für die Westberliner Wirtschaft bedeutet, wenn er die jetzige Form des innerdeutschen Handels in Frage stellt?

Menschliche Erleichterungen lassen sich ebenso nicht in Merk und Pfennig errechnen wie sich die neue Feststellung des Dr. Abelein beweisbar läßt, daß man mit dem innerdeutschen Handel offensichtlich nicht den Menschen, sondern der Etablierung des Systems geholfen habe und noch helfe. Die in nur einem einzigen Satz in seiner jüngsten Erklärung erwähnte erfreuliche Entwicklung des Reiseverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten unterstreicht nur, wie dieser CDU-Politiker die Deutschlandpolitik weitgehend unter materiellen Gesichtspunkten beurteilt. Das mag in der heutigen Zeit, in der alle sparen wollen, als schick gelten. Nur steht dies zu sehr im Gegensatz zu der Politik der CDU/CSU, die bisher mit großem Pathos - und leider fast nur damit - die "Lebensfrage des deutschen Volkes" zu lösen trachtete, auch wenn es großer Opfer bedürfe.

(-/1.8.1975/bgy/vd/ee)

+ + +

### Abbau ungerechtfertigter Privilegien

Schleswig-Holstein-SPD will Einspar-Katalog vorlegen

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag

Das Geschrei, in das die CDU nach den Sparüberlegungen in Bonn ausgebrochen ist, hat Methode. Sie lautet: Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß. Konkreter ausgedrückt: Einerseits verlangt die CDU von der Bundesregierung drastische Sparmaßnahmen, andererseits verweigert sie Überlegungen, wie die öffentlichen Hände zu langfristigen Einnahmeverbesserungen gelangen sollen. Dies ist die alte Masche, wobei die Oppositionskritik mit Obstruktion verwechselt.

Da wird es interessant sein, zu beobachten, wie sich in diesem Zusammenhang einer der führenden Obstruktionpolitiker dort selbst verhält, wo er konkrete Politik machen muß. Ich meine Dr. Gerhard Stoltenberg als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Was in Kiel über die dringend notwendigen Einsparungen in einem verwehrlosten Landeshaushalt zu hören war (Übrigens am Parlament vorbei in der Öffentlichkeit), deutet darauf hin, daß der CDU wiederum nur einfallen wird, jene zu schröpfen, die ohnehin wenig haben. Die Debatte über die Regierungserklärung Stoltenbergs Ende Mai hat den Eindruck verstärkt, daß CDU und Landesregierung die Konzeption der Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen verfolgen, freilich ohne dies deutlich zu sagen. Die Weigerung, kostenlose und zum Teil auch bereits versprochene Reformpläne vorzulegen, rundet das düstere Bild ab.

Die schleswig-holsteinische SPD wird diese Politik der CDU nicht mitmachen. Das habe ich bereits in meiner Antwort auf die Regierungserklärung grundsätzlich erklärt. Dies werden wir auch in den kommenden Haushaltsberatungen konkretisieren. Die SPD wird dazu einen Katalog des Abbaus ungerechtfertigter Privilegien vorlegen, der, auf Schleswig-Holstein bezogen, klar machen soll, wo gespart werden kann, ohne dem "kleinen Mann" in die Tasche zu greifen. Es wird dabei notwendigerweise um eine Abrechnung mit jahrelanger CDU-Praxis im nördlichsten Bundesland gehen, wo sich diese Partei angewöhnt hat, die Trennung zwischen Regierungsverantwortung und Partei-Interesse nicht ganz so pingelig einzuhalten, und wo die CDU allzu oft politisches Wohlverhalten mit finanziellen Privilegien honorierte.

Was dabei eingespart werden kann, wird erst nach Vorlage des Haushaltes klar werden. Aber selbst wenn es um kleine Beträge geht: Die SPD wird ganz sicher sehr pingelig sein. Im Interesse derer, die ihr Leben lang mit kleinen Beträgen auskommen müssen und die, geht es nach dem Willen der CDU, auch jetzt wieder für die wirtschaftliche Rezession zur Kasse geholt werden sollen.

(-/1.8.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert